

„Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. wöchentlich Briefgebühren. Die einzelnen Nummern kosten 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Angesetzt werden in der Redaktion: Briefensammler, Buchhalter, Kassier und ein von allen Tagesarbeiten freigestellter Anstatter. Die monatlichen Gehälter betragen 28 Pfennig, die Restamtsstelle 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 57. Postfachkonto: Berlin 62448. Sonntag, den 11. April 1926. Postfachkonto: Berlin 62448. 25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Allen Bekanntmachungen, Verwarnungen und Polizeistrafen zum Trotz gibt es immer noch Einwohner, die ein Recht zu haben glauben, ihren Hausmüll irgendwo in lieferlicher Weise abzugeben. Ich mache daher nochmals und wiederholt darauf aufmerksam, daß sich der alleinige Müllabgabepunkt an der Betonbrücke im Zuge der Humboldallee auf dem Grundstück Blechotta befindet. Eine dort vorhandene Rinne erleichtert das Abladen sehr. Außerdem übernimmt das Elektrizitäts- und Wasserwerk auch periodische Müllabfuhr.

Arbeitsnachweis.
Mit Rücksicht auf die dauernd steigende Arbeitslosigkeit in der hiesigen Gemeinde bitte ich alle Arbeitgeber dringend, bei Bedarf von Arbeitskräften sich an den hiesigen Arbeitsnachweis, Rathaus, Zimmer 25, zu wenden.
Birkenwerder, den 10. April 1926.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Sämtliche restlichen Staats- und Gemeinde-Steuern aus dem Rechnungsjahr 1925 sind bis zum 15. d. Mts. bei der hiesigen Gemeindekasse einzugahlen.
Da die Grundbesitzer abgelaufen sind, müssen in dringenden Fällen die Besuche am weiteren Zahlungsausschub umgestimmt beim Untertatler eingereicht werden.

Eine besondere Mahnung ergeht nicht mehr, vielmehr muß nach Fristablauf zwanngsweise Einziehung erfolgen.
Borgsdorf, den 10. April 1926.
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

Was gibt es Neues?

- Ein zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenes Zusatzabkommen verdoppelt das Gemüsekontingent für Frankreich.
- Der französische Innenminister Matoy ist zurückgetreten.
- An der Berliner Börse gab es am Donnerstag einen harten Kurssturz.
- Auf den D-Zug Berlin-München wurde ein Anschlag verübt.
- In Kalifornien ist ein riesiger Ölbrand ausgebrochen.
- In der Nähe von Camden (Newjersey) entgleiste der Atlantic-City-Express.

Die russische Emigrantenfrage.

Einen Tag nach dem Anschlag auf Mussolini wurde auch in Moskau ein Attentat verübt. Sein Opfer war der bolschewistische Innenminister Beloborodow, der durch einen Revolverbeschuß an den Schultern verwundet wurde. Der Attentäter ist ein unbekannter Student, der nach lebhafter Verfolgung festgenommen wurde. Da die Sowjetregierung den Anschlag zunächst verheimlicht, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, welche Beweggründe den Attentäter geleitet haben. Da aber Beloborodow an der Ermordung der Jarenfamilie beteiligt war, liegt die Vermutung nahe, daß der Attentäter den monarchistischen Kreisen angehört. Daraus ergebe sich die weitere Folgerung, daß es noch immer auch in Rußland selbst russische Monarchisten gibt, obwohl die Sowjetregierung durch summarische Hinrichtungen gründlich unter ihnen aufgeräumt und viele andere aus Rußland vertrieben hat.

Diese Emigranten - oder ein Teil von ihnen - haben gerade jetzt in Paris einen Kongreß abgehalten und bei dieser Gelegenheit an den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch ein Telegramm geschickt, in dem sie ihn als rechtmäßigen Herrscher Rußlands anerkennen. Schon dieses Telegramm beweist, daß der von dem Kongreß erhobene Anspruch, die Vertretung aller Emigranten zu sein, nicht den Tatsachen entspricht, denn über die Kronprinzenfrage ist man sich in den Emigrantenkreisen keineswegs einig. Nikolai Nikolajewitsch segelt völlig im Fahrwasser Frankreichs und betreibt eine ganz einseitige Politik, die nicht nur von den Anhängern seines direkten Gegenkandidaten, des in Rußburg weilenden Großfürsten Kyriell, abgelehnt wird, sondern auch weit über dessen Anhängerstufen hinaus in den Kreisen, die über die Nachfolgefrage des ermordeten Jaren gar keine oder doch nur sehr unklare Vorstellungen haben und haben wollen. Nikolajewitsch aber hat aus den letzten Entwicklungen gelernt und zieht seine Folgerungen aus der immer deutlicher in Erscheinung tretenden internationalen Anerkennung und Mitarbeit Sowjetrußlands. Er lehnt in seiner Antwort die Einmischung fremder Mächte ab und spricht von der Zukunft Rußlands als von einer Angelegenheit, die durch den freien Willen des russischen Volkes geregelt werden muß. Ob seine Politik aber Erfolg haben wird, das bleibt mehr als zweifelhaft.

Zunehmend ist interessant, daß die bolschewistische Regierung den Pariser Kongreß ernst genug nimmt, indem sie einen Protest beim Pariser Auswärtigen Amt zu erheben. Danach leit man doch in Moskau

der von den Emigranten betriebenen monarchistischen Propaganda eine größere Bedeutung bei, und das Attentat auf den Innenminister kann nur dazu beitragen, die Aufmerksamkeit, die bisher schon die Sowjetregierung dieser Bewegung schenkte, noch zu erhöhen. Liegt doch die Vermutung nahe, daß der Attentäter durch diese Propaganda zu seiner Tat veranlaßt worden ist. Der in Paris erhobene Protest ist natürlich lächerlich, wenn man bedenkt, welche Gastfreundschaft die von der feinerzeitigen russischen Regierung verfolgten Kommunisten gerade in Paris und in der Schweiz genossen haben. Schließlich ist ja auch heute noch Sowjetrußland das Eldorado derer, die irgendwo unliebsam aufgefallen sind, in Ungarn, in Deutschland, Frankreich und England. Dementsprechend fiel natürlich auch die französische Antwort aus.

Für die Bolschewisten aber taucht jetzt immer dringender die Notwendigkeit auf, bei der Konsolidierung ihres Regimes irgendwie den unnatürlichen Trennungsschnitt wieder zu heilen, den sie durch direkte oder indirekte Vertreibung eines ganzen Volksteiles und nicht zum mindesten dabei der russischen Intelligenz in den Körper des russischen Volkes getrieben haben. Wie diese Wiedervereinigung vor sich gehen soll, ist überhaupt noch nicht abzusehen. Vorläufig stehen hier zwei Welten gegenüber, genau, wie sie sich früher im Jarrismus und Nihilismus gegenüberstanden. Die Rollen sind heute nur vertauscht. Die Bolschewisten, die Erben des Nihilismus, herrschen heute nach jarristischen Methoden, und so sehen sie sich heute von den gleichen Mordwaffen hebröht, wie einst der Jar und seine Rageber.

Schluß des Reichselterntages.

Eine Kundgebung im Volkshaus in Jena. Die Tagung des Reichselternbundes fand ihren Abschluß in einer von über tausend Personen besuchten Kundgebung im Festsaal des Volkshauses in Jena, in der Universitätsprofessor Dr. Gustav Köthe-Berlin die Festrede über „Luther und die deutsche Zukunft“ hielt. Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß Generalsuperintendent Dr. Dibelius-Berlin den Abend.

Forderungen zur Lehrerbildung und zum Jugendschutz.

In den vorhergehenden Sitzungen hatte der Reichselternrat noch zu einer Reihe von Fragen in Entschliessungen Stellung genommen. Für die Lehrerbildung wurde in einer Entschliessung eine gegebene Vorbildung für den evangelischen Religionsunterricht und die Aufnahme der evangelischen Religionswissenschaft unter die Hauptfächer der pädagogischen Bildung gefordert. Eine weitere Entschliessung fordert vom Reichstag die baldige Verabschiedung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz, des Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Schaufstellungen und der Novelle zum Lichtspielgesetz. In den Fragen des Elternrechts wird verlangt, daß bei der Verwaltung der Schulen die Lehrerschaft mit entsprechenden Rechten durch geordnete Vertretung in den Schuldeputationen und Schulvorständen und durch Erweiterung der Befugnisse des Elternbeirats der einzelnen Schulen beteiligt werden.

Religiöse pädagogische Konferenz in Jena.

In Gegenwart zahlreicher Vertreter der pädagogischen Wissenschaft, sowie der kirchlichen und staatlichen Behörden fand heute in Jena die dritte religiöse pädagogische Konferenz statt. Der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Wagner-Magdeburg, wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß diese Tagung die erste sei, die von vor einem Jahre gegründeten Gesellschaft für evangelische Pädagogik veranstaltet wurde, und verbreitete sich über die Notwendigkeit und die Aufgaben dieser Gesellschaft, die das gesamte Gebiet der pädagogischen Wissenschaft für die Gestaltung der religiösen Erziehung fruchtbar machen will.

Mussolinis Mittelmeerpolitik.

„Italiens Zukunft liegt auf dem Wasser.“ Mussolini hat seine Propagandasache nach Tripolis mit einer politischen Rede eröffnet. Trotz bewegter See benutzte er den nach Gaeta programmäßig bereitstehenden Sonderzug nicht, sondern schiffte sich von der Fährverbindung aus auf dem Dreadnought „Cavour“ ein, der bei seiner Ankunft 13 Salutschüsse abgab, und die Flagge des Marineministers hieste. Auf dem „Cavour“ hatten sich das neue Direktorium der faschistischen Partei und der Provinzialsekretär auf Befehl Mussolinis eingefunden. Mussolini schritt die Front der Ehrenkompanie ab und hielt dann eine Rede

an die faschistischen Parteisekretäre. Er sagte, er habe sie an Bord des Schiffes berufen, damit sie der Marine, auf der die weientlichsten Hoffnungen für die Zukunft beruhen, Ehre bezeugten, und damit die Faschisten bei der Rückkehr in die Heimat dafür sorgten, daß das Bewußtsein von der Wichtigkeit der Marine vollständig erwache. Er fügte hinzu:

„Wir sind Menschen des Mittelmeeres, und unsere Zukunft - ich will damit niemand kopieren - hat immer auf dem Wasser gelegen und wird immer auf dem Wasser liegen.“

Mussolini schloß seine Rede mit dem faschistischen Ruf: „alala!“ zu Ehren der italienischen Marine. Der „Cavour“ setzte sich dann mit Kurs auf Gaeta in Bewegung, während Wasserflugzeuge in der Luft freisten.

Flottenmanöver vor Mussolini.

Auf der Fahrt von Ostia nach Gaeta hat die Flotte vor Mussolini und dem faschistischen Parteidirektorium einen Angriff von Torpedobooten auf die Schlachtschiffe vorgeführt. Die großen Schiffe demonstrierten Schieß- und Manövrierfähigkeiten. In Gaeta wurde das Direktorium ausgeschifft. In der Dunkelheit dampfte die Flotte mit Mussolini nach der afrikanischen Küste weiter.

Mussolini, dessen Wunde genäht werden mußte und der eine weiße Binde über der Nase trägt, befindet sich durchaus wohl. Weber Wundfieber ist eingetreten noch sind andere Komplikationen hinzugekommen.

Auslieferung der Attentäterin?

Das britische Auswärtige Amt hat den britischen Konsul in Rom angewiesen, die Interessen der Attentäterin Violet Gibson wahrzunehmen. Man erwartet, daß die italienische Regierung die alte Frau in Kürze nach England ausliefern, damit sie dort in einer Anstalt untergebracht werde. Lord Alhbourne hat aus Dublin an Mussolini ein Telegramm geschickt, in dem er das Beileid und das Bedauern der Familie Alhbourne über das Attentat seiner Schwester auspricht.

Prozeß Asmus.

Die Vorgeschichte des Prozesses.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen Oberstaatsanwalt Dr. Asmus kam die Vorgeschichte des Prozesses zur Sprache. Der Angeklagte gab hierüber an: Rechtsanwalt Wegemann hatte gegen den Angeklagten Verleumdungen ausgesprochen, die dann zu einer Klage des Dr. Asmus gegen Wegemann führten, der dann seinerseits Strafklagen gegen Dr. Asmus erstattete. Der Angeklagte bemängelte, daß sich diese Angelegenheit nicht in den Akten befände. Auch ständen die Vorfälle, die jetzt zur Verhandlung ständen in keinem Zusammenhang mit den in dem Schreiben des Wegemann enthaltenen. Kenntnis von der Auflage gegen ihn habe er erst durch Dr. Weber erhalten, der ihm empfohlen habe, dem Justizministerium zu erklären, daß er auf seinem Posten als Oberstaatsanwalt nicht bestehe. Das Verfahren gegen ihn sei nur, so bemerkt der Angeklagte, aus politischen Treiberien hervorgegangen.

Es wurden dann einige Einzelfälle behandelt. Es entspann sich darauf erneut eine Auseinandersetzung darüber, was politische und nichtpolitische Vergehen sind. Dr. Asmus stützte sich dabei auf Verordnungen des Justizministeriums, die den Akten nicht beiliegen und die jetzt herbeigebracht werden sollen. Dann kamen noch Einzelfälle zur Besprechung, die zeigen sollten, daß der Angeklagte gegen links- und rechtsgerichtete Personen nicht gleich vorgegangen sei.

Amerika und der Völkerbund.

Coolidge über Schiedsgericht und Abrüstung.

Der amerikanische Präsident Coolidge nahm wieder einmal Gelegenheit, um klar zum Ausdruck zu bringen, daß durch den Entschluß, in das Schiedsgericht einzutreten, nichts an der ablehnenden Haltung Amerikas gegenüber dem Völkerbunde geändert werde. Der Entschluß sei mit Vorbehalt erfolgt, die Amerikas Rechte hinreichend sicherzustellen. Amerika verfolge mit seinem Eintritt die Absicht, die Unabhängigkeit des Gerichtshofes zu stärken. Coolidge fuhr dann wörtlich fort:

„Während wir klar den Wunsch ausdrücken, an der Forderung des Rechtes der einzelnen Nationen teilzunehmen, drücken wir ebenso klar die Absicht aus, uns jeder Verwicklung in politische Angelegenheiten anderer Nationen fernzuhalten. Wir beklunden dies durch die Weigerung des Eintritts in den Völkerbund.“